

Niederschrift der 34. Ratssitzung vom 24.01.2013

Ort: Beratungsraum "Baunatal", Neues Rathaus, Markt 7a
Tag: 24.01.2013
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 17:35 Uhr
Anwesenheit: 31 Stadträte

Frau Regine Römmisch CDU
Herr Volker Schachtel CDU
Herr Andreas Skrypek CDU
Frau Regina Stahlhacke CDU
Herr Harald Weiß CDU
Herr Reinhard Windolph CDU

Herr Peter Dietrich DIE LINKE.
Herr Michael Dietrich DIE LINKE.
Herr Manfred Fischer DIE LINKE.
Herr Holger Hüttel DIE LINKE.
Herr Klaus Kotzur DIE LINKE.
Frau Christine Kümmel DIE LINKE.
Frau Sabine Künzel DIE LINKE.
Herr Günter Prause DIE LINKE.
Herr Axel Sell DIE LINKE.

Herr Siegmar Hecker BOS
Herr Andreas Herold BOS
Herr Volker Kinne BOS
Herr Bert Mrozik BOS
Frau Katrin Scheffel BOS
Herr Helmut Schmidt BOS
Herr Gerhard von Dehn-Rotfelser BOS

Herr Siegbert Grießer B.I.S.
Frau Gesine Liesong B.I.S.
Frau Käthe Olschak B.I.S.
Herr Klaus Peche B.I.S.
Herr Lothar Wolfram B.I.S.

Herr Arndt Kemesies SPD
Frau Katharina Ruschke SPD

Herr Helmut Qual FDP
Herr Udo Schwarz FDP

entschuldigt fehlten: Herr Ralf Poschmann Oberbürgermeister
Herr Udo Halle CDU
Herr Dieter Klein CDU
Herr Thomas Peckruhn CDU
Frau Monika Rauhut CDU
Frau Iris Töpsch DIE LINKE.
Herr Jürgen Telle BOS
Herr Mike Bösel B.I.S.
Frau Christine Block SPD
Herr Heiko Brunthaler NP

verspätet erschienen:	- - -	
vorzeitiges Verlassen:	Herr Manfred Fischer Frau Sabine Künzel	DIE LINKE. 17:28 Uhr DIE LINKE. 17:28 Uhr
sachkundige Einwohner:	Herr Veit Baeske Frau Ilka Gädke Frau Sonja Hund Herr Wolfgang Müller Frau Iris Reiche Herr Maik Rüdiger Herr Lothar Sanftleben Frau Daniela Schunke Herr Ringo Siebert Frau Susanne Wilk	
Ortsbürgermeister:	Herr Wolfgang Riedel	OT Obersdorf
stellv. Ortsbürgermeister:	Herr Helmut Hahnas	OT Obersdorf
Gäste:	Frau Hachmeister-Hübner	SG-Leiterin Schul-, Kultur- und Sportamt des LK Mansfeld-Südharz
Stadtverwaltung:	Herr Jens Schuster Herr Udo Michael Frau Marina Becker Frau Simone Jung	Vertreter des Oberbürgermeisters und Fachbereichsleiter Zentrale Dienste und Finanzen Fachbereichsleiter Bürgerservice Referentin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Städtepartnerschaften Ratsbüro
Tagungsleitung:	Herr Andreas Skrypek	Vorsitzender des Stadtrates

Tagesordnung gemäß Einladung:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**
- 3. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung**
- 3.1 Schließung der Grundschule Obersdorf zum 31.7.2013 - Widerspruch des Oberbürgermeisters zum abgelehnten Schließungsbeschluss vom 6.12.2012 (Beschluss Nr. 3-33/12)

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende des Stadtrates Herr Andreas Skrypek eröffnet die 34. Stadtratssitzung und begrüßt den Vertreter des Oberbürgermeisters, die anwesenden Stadträte, sachkundige Einwohner, Ortsbürgermeister, ihre Stellvertreter, Mitarbeiter der Verwaltung und Bürger und Einwohner der Stadt Sangerhausen.

Ladefrist: Die reguläre Ladefrist (10 Kalendertage) wurde eingehalten.

Beschlussfähigkeit: Die Beschlussfähigkeit ist gewährleistet. 31 Stadträte sind anwesend.

Öffentlichkeit: Die TOP 1. - 3.1 werden in öffentlicher Sitzung behandelt.

2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Herr Hüttel stellt den Antrag, den TOP 3.1 aus folgendem Grund von der Tagesordnung zu streichen. Der Stadtrat hat bereits dreimal seinen Willen bekundet, was die Schließung der Grundschule Obersdorf betrifft. Ebenfalls wurde in allen Ausschüssen darüber ausgiebig beraten. Soll so lange abgestimmt werden, bis das Ergebnis passt? Was hat das noch mit Demokratie zu tun? Eine größere Anzahl von Stadträten ist heute nicht anwesend. Das Ergebnis wird somit nicht repräsentativ sein.

Herr Schuster äußert sich als Vertreter des Oberbürgermeisters. Der Antrag ist rechtlich nicht zulässig. Im Rat wurde ordnungsgemäß ein Beschluss gefasst. Der Oberbürgermeister hat dagegen Widerspruch eingelegt. Damit ist der Rat gesetzlich verpflichtet, erneut darüber zu beraten und zu befinden.

Herr Skrypek stellt fest, dass über den Antrag nicht weiter diskutiert werden muss, weil in diesem Fall gegen geltendes Recht verstoßen wird.

Abstimmung über die Tagesordnung

Ja-Stimmen = 29
Nein-Stimmen = 1
Stimmenenthaltungen = 1

Damit ist die Tagesordnung bestätigt.

3. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung

3.1 Schließung der Grundschule Obersdorf zum 31.7.2013 - Widerspruch des Oberbürgermeisters zum abgelehnten Schließungsbeschluss vom 6.12.2012 (Beschluss Nr. 3-33/12)

Begründung: Herr Michael

Herr Mrozik spricht im Namen der BOS-Fraktion. Seit seine Fraktion die Interessen ihrer Wähler im Stadtrat der Stadt Sangerhausen vertritt, hat sie der Schulschließung nie zugestimmt. Die Grundschulen sollen nicht zum Spielball des Landes Sachsen-Anhalt, des Landkreises und der Kommune werden. Keiner will schuld sein. Von den Vertretern der Kommunen wurde jedes Jahr die Weiterführung der Grundschule Obersdorf durchgesetzt. Vor der Eingemeindung waren es die Gemeinden des Gonnatal und danach die Vertreter des Stadtrates. Auch jetzt hat sich die Mehrheit des Stadtrates für ein Fortbestehen der Grundschule entschieden. Mit der Schließung der Grundschule im Gonnatal wird die Lebensqualität der Bürger und insbesondere der Kinder mehrerer Ortschaften für Gegenwart und Zukunft verschlechtert, mit der Folge, dass die Jugend den Ortschaften den Rücken kehrt. Es kann nicht sein, dass die umliegenden Ortschaften durch solche Entscheidungen irgendwann von der Landkarte verschwinden. Der permanenten Zentralisierung muss entgegengewirkt werden. Will der Stadtrat solche Unterschiede zwischen Kernstadt und Ortsteilen zulassen? Die BOS-Fraktion kann keinen Verstoß der Stadt gegen den Beschluss feststellen, da sie die Verpflichtungen, die sie für die Weiterführung der Grundschule hat, jedes Jahr erneut geleistet hat und leisten wird. Der Oberbürgermeister sollte sich für den Erhalt der bestehenden Grundschulstruktur stark machen. Aus den hier vorgetragenen Gründen und unter Berücksichtigung der vielen Meinungen und positiven Vorschläge aus vergangenen Gesprächen, Diskussionen mit den Eltern, der Ortschaftsräte und Ausschüsse, kann die Fraktion dem Widerspruch nicht stattgeben. Er beantragt im Namen der BOS-Fraktion eine namentliche Abstimmung.

Herr Peche weist darauf hin, dass die Verwaltung nicht alles unternommen hat, um den Grundschulstandort Obersdorf weiterhin zu erhalten. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Über Jahre hinweg wurde seitens seiner Fraktion versucht, die Schulstandorte und die Einzugsbereiche zu ändern. Nichts wurde von der Stadt unternommen, außer, dass der Stadtrat nun schon zum 5. Mal wegen der Grundschule Obersdorf zusammenkommt. Das kann und sollte nicht sein. In diesem Zusammenhang kritisiert er, dass der Rahmen (Sitzungsraum Baunatal) für eine Ratssitzung, gerade bei dem wichtigen Punkt, nicht angemessen ist. Es hätte der Verwaltung zu denken geben müssen, als damals, bis auf 2 Stadträte, alle für den Erhalt der Grundschule stimmten. Spätestens zu dem Zeitpunkt, hätte alles dafür unternommen werden müssen, um den Standort zu erhalten. Wenn die Schulen in der Kernstadt einzügig weitergeführt werden würden, dann könnten auch die anderen fortbestehen. Die Zahlen belegen das. Er bittet um Zusammenarbeit und Interesse daran, die Schulstandorte in Sangerhausen so zu erhalten, wie sie zur Zeit sind. Er erinnert daran, dass bereits im nächsten Jahr die Kommunalwahl stattfindet und an erster Stelle die

Bildung der Kinder stehen wird. Es kann nicht sein, dass wegen der Schließung, eine Ratssitzung nach der anderen durchgeführt wird und sonst weiter nichts.

Herr Fischer fragt, was die Stadträte hier zu entscheiden haben. Die Dinge sind, so wie es hier dargelegt wird, bereits entschieden. Warum sollte er noch einmal den Arm dafür oder dagegen heben? Er möchte wissen, ob man sich der Abstimmung verweigern kann, indem man sagt, dass man nicht teilnimmt. Die Frage ist, was er hier soll. Er hat sich das letzte Mal klar positioniert, als er dagegenstimmte. Er muss doch keine Entscheidung treffen, die vorgegeben wird.

Herr Schuster hatte die Antwort darauf, bereits im TOP 2 gegeben, als Herr Hüttel einen Antrag stellte. Die Formvorschriften sind so. Wenn der Oberbürgermeister zu der Überzeugung gelangt, dass der Beschluss rechtswidrig ist, hat er ihn erneut einzubringen und in der nächsten Sitzung zur Beratung zu stellen. Das ist eine Formvorschrift, der wir uns beugen müssen. Er bittet darum, bei allem Verständnis für das Kämpfen um die Schulen im ländlichen Raum, folgendes zu berücksichtigen. In den Eingliederungsverträgen wurde immer gesagt, dass wir uns verpflichten, soweit nicht gesetzliche Vorschriften dagegenstehen. Die gesetzliche Vorschrift wurde zitiert und die Verwaltung ist gehalten, diese umzusetzen.

Herr Michael stellt klar, dass hier nicht seine persönliche, sondern die Meinung der Verwaltung von ihm vertreten wird. Dass sich die Rechtswidrigkeit aus einer Mindestschülerzahl ergibt, ist verständlich. Der Gesetzgeber hat die Zahl von 60 auf 40 Schüler gesenkt und somit die Mindestschülerzahl festgelegt. Wenn diese Zahl zum Stichtag nicht nachgewiesen werden kann, dann spricht man von "rechtswidrig". Es wurde lange und ausführlich über machbare Verfahrenswege gesprochen. Diese wurden seitens der Stadträte nicht akzeptiert. Z.B. wurde das Für und Wider der Beförderung von Schülern aus der Kernstadt nach Obersdorf untersucht und breit diskutiert. In der Abwicklung und nach Einbeziehung des Planungsträgers, kam man zu der Auffassung, dass dieser Weg zu wesentlich größeren Problemen bis hin zur Unmöglichkeit führt. Das wurde hinreichend begründet. Der Bestandsschutz der Mindestschülerzahl von 40 würde entfallen. Der jährliche Kampf um das Erreichen der Mindestschülerzahl (von nunmehr 60) wäre somit vorprogrammiert. Die vorliegenden Zahlen (Geburten) belegen nicht, dass die Anzahl der Schüler in den nächsten Jahren steigen wird. Ab 2020 muss mit noch größeren Einbrüchen gerechnet werden. Die Schülerzahl wird von 800 auf unter 400 sinken.

Herr Mrozik weist darauf hin, dass das Land und nicht die Stadträte, die Gesetze gemacht haben. Die Stadträte haben sich positioniert und legen die Richtung fest, in die sie gehen wollen. Wenn die Mehrheit für die Grundschule steht, dann ist das so und wenn uns hier jemand etwas anderes aufzwingen will, dann muss er das tun - aber nicht wir!

Herr Peche nennt als positives Beispiel die Erfolgsgeschichte der Freien Grundschule Riestedt. Dort ist es umgekehrt. Es können gar nicht alle Interessenten aufgenommen werden. Wenn das die Verantwortlichen in Riestedt unter viel schwierigeren Umständen hinbekommen haben, warum bekommt dann die Stadt bzw. die Verwaltung es nicht hin, das umzusetzen, was die Mehrheit des Stadtrates möchte? Es wurde immer wieder darauf hingewiesen. Er widerspricht der Aussage von Herrn Michael. Die Verwaltung hat nicht ausreichend nachgewiesen, dass es andersherum auch möglich ist, dass Schüler aus Bereichen der Kernstadt, in die Grundschule nach Obersdorf fahren. Das wurde nicht bis zum letzten Punkt ausdiskutiert und dazu gibt es weder Unterlagen noch Sachargumente, Modelle und Rechenbeispiele.

Herr Michael wehrt sich gegen die Vorwürfe seines Vorredners. Er wiederholt, dass ausreichend über die Problematik gesprochen wurde und auch Papiere dazu existieren. Das Kultusministerium plant ganz andere Schulgrößen, die ab 2014/ 15 gelten sollen. In den Grundschulen des Zuständigkeitsbereiches der Stadt ist von einer Mindestschülerzahl von 60 die Rede. Man sieht, wo die Tendenz künftig hingehet und dass die Richtung, die der Gesetzgeber vorgibt, eine andere ist, als die, die hier gewollt ist.

Herr Hüttel wiederholt seine Worte von der letzten Sitzung. Demokratie lebt und braucht den Widerspruch. Wenn wir nicht endlich anfangen, zu solchen Gesetzen "Nein" zu sagen, dann hat man doch gar kein Problem damit, eine Mindestschülerzahl von 60 oder 100 festzulegen. Dann scheint es doch, als wären alle damit einverstanden. Deshalb funktioniert das nicht.

Frau Scheffel schließt sich ihren Vorrednern an. Sie ist der Meinung, dass von der Verwaltung bewusst dahin gearbeitet wurde, dass die Mindestschülerzahl nicht mehr erreicht wird. Jeder weiß, dass die Schule über Jahre hinweg über Wasser gehalten wurde. Man weiß aber auch, dass die Verwaltung nach außen hin immer wieder betont hat, dass die Schule geschlossen wird. Sie fragt sich, ob das Gonnatal ganz abgehängt wird, wenn das Industriegebiet Mitteldeutschland in Betrieb ist. Die Verwaltung denkt nur für den Augenblick und nicht wirklich an die Zukunft. Es muss doch versucht werden, viele junge Leute zu halten bzw. wieder in die Region zurückzuholen. Es muss weitergedacht und Raum geschaffen werden, für Bildung und Betreuung. Sie ist, wie ihre Vorredner, für absoluten Ungehorsam.

Herr Kinne erwähnt, dass der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt in die alten Bundesländer reist, um junge Menschen zu überzeugen, dass sie zurückkommen. Junge Menschen gehen aber nur dorthin, wo sie ihre Kinder in die Schule bringen können, unter vernünftigen Bedingungen.

Herr Schmidt macht darauf aufmerksam, dass die Schuldigen weder im Stadtrat, noch in der Verwaltung zu finden sind. Sie sitzen beim Land. Er nennt ein Beispiel. Anfang der 90-er Jahre wurde in Riestedt der Antrag gestellt, eine Sporthalle zu bauen. Hauptgrund dafür war, dass die Kinder der damaligen Sekundarschule ordentlich Sport treiben können. Es dauerte keine 2 Jahre, da wurde die Schule geschlossen. Es sind Fördermittel geflossen. All das war möglich, über das Land. Das wichtigste, worüber zu diskutieren ist, ist nicht eine Anzahl von 38 - 40 Kindern (Kinder sind keine Handelsware). Der soziale Aspekt spielt eine ganz große Rolle. Am Beispiel von Riestedt kann er deutlich sagen, dass die Schulkinder (Freie Grundschule Riestedt) bei allen Veranstaltungen und Dorffesten immer integriert und dabei sind. Darauf kann und sollte man nicht verzichten. Mit der Schließung von Schulen werden die Orte kaputt gemacht. Man braucht sich nicht zu wundern, wenn in den Vereinen kein Nachwuchs heranwächst und die Kinder hauptsächlich an Computern und Spielkonsolen sitzen. Die Schule muss erhalten bleiben.

17:28 Uhr
Herr Fischer und
Frau Künzel gehen = 29

Beschlusstext:

Dem Widerspruch des Oberbürgermeisters gegen den ablehnenden Beschluss des Stadtrates vom 06.12.2012 zur Beschlussvorlage "Schließung der Grundschule Obersdorf zum 31.07.2013" (Beschluss-Nr. 3-33/12) wird stattgegeben. Die Grundschule Obersdorf wird zum 31.07.2013 geschlossen.

Namentliche Abstimmung über die Beschlussvorlage

Frau Regine Römmisch	Ja
Herr Volker Schachtel	Nein
Herr Andreas Skrypek	Ja
Frau Regina Stahlhacke	Ja
Herr Harald Weiß	Ja
Herr Reinhard Windolph	Ja
Herr Michael Dietrich	Ja
Herr Peter Dietrich	Ja
Herr Holger Hüttel	Nein
Herr Klaus Kotzur	Ja
Frau Christine Kümmel	Ja
Herr Günter Prause	Ja
Herr Axel Sell	Ja
Herr Siegmар Hecker	Nein
Herr Andreas Herold	Nein
Herr Volker Kinne	Nein
Herr Bert Mrozik	Nein
Frau Katrin Scheffel	Nein
Herr Helmut Schmidt	Nein
Herr Gerhard von Dehn-Rotfelser	Nein
Herr Siegbert Grießer	Nein
Frau Gesine Liesong	Nein
Frau Käthe Olschak	Nein
Herr Klaus Peche	Nein
Herr Lothar Wolfram	Nein
Herr Arndt Kemesies	Ja
Frau Katharina Ruschke	Ja
Herr Helmut Qual	Ja
Herr Udo Schwarz	Ja

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 15
Nein-Stimmen = 14
Stimmenenthaltungen = 0

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 1-34/12** registriert.

Inkrafttreten am: Tag nach der Beschlussfassung

Um 17:35 Uhr beendet der Stadtratsvorsitzende Herr Skrypek die Sitzung.

gez. Simone Jung
Protokollführerin

gez. Andreas Skrypek
Vorsitzender